



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3.Jg. Nr.8

September 1975

50 Pfennig

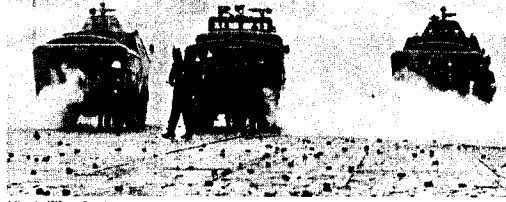
FREIHEIT FÜR HORST MAHLER!



1964 Horst Mahler im Gespräch mit Theodor Postel.



2. Juni 1967 Horst Mahler bei einer Arbeit. (Foto: Deutsches Institut für Fernstudien). Horst Mahlers Ermittlungen umfassen die Polizeiarbeit von Ulmer und Nothard.



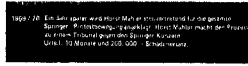
4. November 1968 Gegen das Widerstand-Lösungs-Verfahren, Arbeiter, Schüler und Studenten versammeln sich vor dem Reichstag in Berlin. (Foto: Horst Mahler).



8. Oktober 1970 Verhaftung von Horst Mahler.



Oktober 1968 Über Jahre hinweg betriebene Pressemitteilungen gegen die antisozialistische Bewegung führten zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke. Horst Mahler warb in verschiedenen Fronten der Postalschleife gegen den Springer-Mörder.



1969-70 Ein Jahr später wird Horst Mahler in Untersuchungshaft genommen. (Foto: Deutsches Institut für Fernstudien). Horst Mahler macht die Arbeit der Roten Hilfe gegen den Springer-Körperwerk. (Foto: Deutsches Institut für Fernstudien).



Februar 1968 Versammlung in Westberlin: Horst Mahler im Kampf gegen die US-Atomkraft in Vietnam.



1968 Horst Mahler während der Verhaftung, die den Jahres-Krieg gegen die US-Atomkraft in Vietnam.

5. Februar 1970: Gründung der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS.

Noch findet Horst Mahler nicht den Weg an die Seite der Arbeiterklasse. Den klombürgerlichen Anarchismus hält er für den Ausweg aus der Barbarei des Imperialismus.

26. 2.73/Nov. 1974: In zwei Prozessen wird Horst Mahler zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Die einzige Stütze des Gerichts, der präparierte Kronzeuge Ruhland, bricht zusammen. Ein klares Gesinnungsurteil wird gefällt: "Geistige Mittäterschaft"; seine "hohe Intelligenz"; spreche für die "Fähigkeit", sich an einem Bankraub beteiligt zu haben.

Herbst 1974: In vierjähriger Isolierhaft, in intensiver ideologischer Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Roten Hilfe findet Horst Mahler den Weg an die Seite der Arbeiterklasse.



28. Februar 1970 Horst Mahler sitzt in der Untersuchungshaft des Landesgerichts in Berlin. (Foto: Deutsches Institut für Fernstudien). "Die Strategie des reinen Widerstands ist nicht die Strategie der Arbeiterklasse... Ich bin die Partei übertragend, die sich durch den Kampf der revolutionären Klasse gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem der Gefängnisse für die politischen Gefangenen öffnen werden, werden sich in die Höhe, nicht auf dem Wege der Linie bewegen zu lassen."



14 JAHRE HAFT: DIESES GESINNUNGURTEIL MUSS FALLEN!

12.00 Uhr SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION
WESTBERLIN
Abschlusskundgebung vor Gefängnis Tegel
11. Oktober 1975 | 18.00 Uhr GROSSVERANSTALTUNG
Hasenheide Saal 1 (U-Bhf. Hermannplatz)

Aufruf der Roten Hilfe!

14 Jahre Haft für die fortschrittliche politische Gesinnung Horst Mahlers - das ist eines der ungeheuerlichsten Urteile der bürgerlichen Klassenjustiz!
14 Jahre für sein entschiedenes Eintreten gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
14 Jahre für seinen entschiedenen Kampf gegen die Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam!
14 Jahre für sein mutiges Auftreten als Verteidiger Ausgebeuteter und Entrechteter vor den Schranken des Gerichts!
14 Jahre für seinen unaufhörlichen Kampf gegen die Hetze der reaktionären bürgerlichen Presse in ihrem Versuch, die werktätigen Massen für die Ziele der Bourgeoisie zu gewinnen!

5 Jahre sitzt Horst Mahler bereits hinter Gefängnismauern.
5 Jahre, in denen für jeden Besuch eines Freundes oder Genossen ihm ein Familienbesuch gestrichen wird!
5 Jahre, in denen ihm immer wieder verweigert wird, die Zeitungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Roten Hilfe und der Liga gegen den Imperialismus zu lesen, um zu verhindern, daß sich Genosse Horst Mahler an der politischen Diskussion beteiligt!

Seit 5 Jahren bleibt die Justiz den Beweisen für ihre Anklage und ihr Urteil schuldig, für die angebliche "Beteiligung an einem Bankraub und der Befreiung Andreas Baaders".
Richter sprachen das Urteil gegen Horst Mahler, wie zum Beispiel der Richter Weiss, der den Nazirichter Rehse, der an tausenden von Todesurteilen an Hitlers "Volksgeschichtshof" beteiligt war, freisprach mit der Begründung, dieser habe nach den damaligen rechtstaatlichen Grundsätzen "korrekt gehandelt"!
Das Lügegebäude des "Kronzeugen" Ruhland, auf den sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage stützte, der durch den

Fortsetzung Seite 4

INHALT

SONDERSEITEN ZU HORST MAHLER S. 3-5

PRESSE PROZESS GEGEN DIE RH S. 2

F.GILDEMEIER MUSS ANWALT BLEIBEN S. 6

INDOCHINA SOFORT-HILFE S. 7

NRW: FRONT GEGEN DIE KLASSENJUSTIZ S. 8

RUHLAND »KEIN GEKAUFTES SUBJEKT« ?

Auf drei Prozesstage - 1., 3. und 8. Oktober - hat das Amtsgericht Tiergarten/Westberlin einen weiteren Prozess gegen den früheren presserechtlich Verantwortlichen der ROTEN HILFE in Westberlin, den Genossen Hartmut Schmidt angesetzt.

Angeklagt ist die Wahrheit über die reaktionäre Ausrichtung der Klassenjustiz und des Polizeiparates in einem Flugblatt vom Juli 1974, mit dem die ROTEN HILFE zu einer Protestdemonstration gegen die Terrorurteile im Asdonk-Prozess (für 6 Angeklagte 61 Jahre Gefängnis) aufgerufen hatte. Das Flugblatt war damals sofort verboten worden - so sehr hatte die Klassenjustiz Angst vor der Verbreitung ihrer Schandtaten. In dem Flugblatt hieß es (in der Zusammenfassung durch das Gericht):

Mobile Einsatzkommandos der Polizei seien "Killertrupps", "Polizeiüberfälle" würden auf die für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien kämpfende Bevölkerung begangen. Es gebe "Polizeiorden an dem Mannesmann-Arbeiter Günther Routhier in Duisburg" und einen versuchten "Mord während der Frankfurter Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen an dem Schüler Thomas Hytrek". Es würden Zeugen "beeinflusst und gekauft". Karl-Heinz Ruhland sei "ein von der Polizei gekauftes Subjekt". Routhier sei von der Polizei in Duisburg "erschlagen" worden. In der Strafanstalt Tegel treibe ein gewisser Dr. Borz sein Unwesen. Kranke oder verletzte Gefangene würden von ihm entweder gar nicht behandelt oder er pumpt die Patienten mit Drogen voll. So liefen sie wie lebendige Leichen rum, völlig willenlos und immer stärker von Drogen abhängig. Viele Gefangene würden auf diese Weise in Gefängnissen zu Drogenabhängigen.

Sofort nach Erscheinen dieses Flugblatts organisierte die Westberliner Staatsanwaltschaft in hektischer Eile, dass neben dem Polizeipräsidenten von Berlin auch die

von Frankfurt und Duisburg Strafantrag gegen Hartmut Schmidt stellten. Das Amtsgericht entschied auf einen Strafbefehl von 2000,-DM. Nachdem Hartmut Schmidt dagegen Einspruch erhoben hat, ist nun die Verhandlung angesetzt worden. Als Zeugen sind Dr. Borz, Polizeimeister Müller und der Kronzeuge R U H L A N D geladen. In diesem Prozess wird die gesamte reaktionäre Formierung der Klassenjustiz und des Polizeiparates in den vergangenen Jahren von dem Genossen und der ROTEN HILFE angeklagt werden.

PROZESS:
1., 3., 8. Oktober
Amtsgericht Tiergarten
Saal 101
jeweils 9.00 Uhr

EIN AUGEN- ZEUGE BERICHTETE:

Ich gab mich auch zum Römer. Als der Unfall (nachher erfuhr ich, daß es der Schüler Hytrek war) geschah, stand ich etwa 20 - 25 m von der Stelle entfernt. Die Demonstranten waren in Richtung Dom geflüchtet, um sich vor dem mit CN durchsetzten Wasser in Sicherheit zu bringen. Ein einzelner Junge, es kann auch ein Mädchen gewesen sein, stand noch allein auf dem Platz. Plötzlich setzte sich der Wasserwerfer in höchster Eile auf die Person zu in Bewegung. Bei dieser Fahrt wurde eine Geschwindigkeit von etwa 28-30 km/h erreicht. Die Person wurde von der linken Stoßstange erfaßt und zu Boden geschleudert...



Strafanstaltsarzt Borz



Thomas Hytrek liegt bewußlos neben dem Wasserwerfer, dessen Kollifuge ihn erfaßte

WIEDER ROUTHIER-PROZESS

Der Duisburger Prozess gegen Prof. C. Schneider aus Frankfurt wegen seiner Unterschrift unter eine Erklärung gegen die Ermordung von Günther Routhier mußte auf den 9.9. verlagert werden. Seiner Anwalt hatte diesen Antrag gestellt, indem das Gericht jeden Beweisantrag zu den Umständen des Todes von G. Routhier abgelehnt hatte. Vor dem Gericht bildete sich in der Prozeßpause eine Protestversammlung gegen die geplante Verurteilung des Genossen und sein damit einhergehendes Berufsverbot. Ohne Warnung griff eine Meute von Polizisten die Kußgebungsteilnehmer an und nahmen sie von ihnen fest. Damit kann sie aber die weitere Aufdeckung ihrer Verbrechen nicht verhindern. Im Gegenteil: eine Frau, die den Polizeiberfall miterlebte drückte die Meinung der Umstehenden aus als sie empört über den neuerlichen Polizeiberfall sagte: "Ich habe von Ihnen schon einiges über die Ermordung von Routhier gelesen. Jetzt, wo ich das von Ihnen gehen der Polizei gegen Euch sehe, bin ich sicher, daß Ihr die Wahrheit sagt. Die Genossen wurden z. T. erkenntlich dienstlich behandelt, mußten aber nicht wieder freigelassen werden. Am 18. August wurde der Lehrling Werner K. unter dem Vorwurf ein Flugblatt über die Ermordung von Günther Routhier verteilt zu haben zu einer Gefängnisstrafe von DM200,- verurteilt.

IMPRESSUM

Verantw. i. S. d. Pr. ges.: H. Schmidt
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrsg.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6



Interview mit CHRISTIAN STRÖBELE zum 'Zeugen' Ruhland

RH: RA Ströbele, Sie waren in dem Prozeß gegen Horst Mahler im Jahre 73 neben Schilly einer der Verteidiger. Genosse Horst Mahler wurde angeklagt wegen der angeblichen Beteiligung an verschiedenen Bankraub. Der Prozeß endete bekanntlich mit einem eklatanten Unrechtsurteil, in dem Horst Mahler nicht aufgrund von Straftaten, sondern wegen seiner politischen Gesinnung zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auf was stützte sich das Gericht in diesem - selbst nach geltendem Recht - unhaltbaren Urteil auf die Aussagen des Kronzeugen Ruhland?

RH: Wer ist dieser Ruhland eigentlich? Im Prozeß selbst konnte doch nachgewiesen werden, dass der Kronzeuge für belastende Aussagen präpariert und bestochen wurde und selbst praktisch straffrei ausging, wenn er Mahler belastete. Welche eindeutigen Beweise für die Unglaubwürdigkeit dieses gekauften Zeugen legte die Verteidigung dem Gericht vor?

Str: Der wirkliche Umfang der Zusammenarbeit zwischen der "Sicherungsgruppe Bonn" und dem Kronzeugen Ruhland wurde erst während des Prozesses deutlich. Ruhland wurde auf den Prozeß gegen Horst Mahler mehrere Monate lang von der "Sicherungsgruppe" vorbereitet, seine Aussagen in einem 700 Seiten starken Protokoll festgehalten. An 3 Beispielen möchte ich illustrieren, wie Ruhland für seine Aussagen mit Geld bezahlt wurde und sich Straffreiheit erkaufte, möchte ich seine Zusammenarbeit mit dem Staatschutz aufzeigen: Da waren zunächst die 5 von der Verteidigung geladenen Entla-

stungszeugen-Häftlinge, die zu verschiedenen Zeiten mit Ruhland in der U-Haft zusammenkamen. Diese sagten vor Gericht aus, Ruhland habe ihnen berichtet, daß er vom Staatsschutz erpreßt werde und daß er, Ruhland, die Aufgabe habe, Horst Mahler im Prozeß zu belasten.

Zu einem anderen Zeitpunkt des Prozesses - bei der Befragung Ruhlands - fragte Horst Mahler den Kronzeugen, ob er ihm, Mahler, so nebenbei einen Bankraub anhängen wolle. Ruhland antwortete: "Ist möglich, kann schon sein." Doch auch diesen Vorfall nahm das Gericht nicht zum Anlaß, die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen in Frage zu stellen.

Im Baader-Befreiungsprozeß gegen Horst Mahler, in dem Ruhland ebenfalls als Kronzeuge auftrat, mußte Ruhland sogar zugeben, nach der Haft von seinem Verteidiger täglich 37 DM erhalten zu haben. Der Verteidiger gab später zu, einen Teil der Gelder von "dritter Seite" erhalten zu haben. Daß Ruhland schließlich über 1/2 Jahr lang bei einem Beamten der Sicherungsgruppe Bonn in Untermittele wohnte, rundet das Bild über die engen Beziehungen des Staatsschutzes und der Bundesanwaltschaft zu Ruhland entsprechend ab.

RH: Womit wurde Ruhland erpreßt? Welchen Nutzen zog er aus dem Kuhhandel zwischen ihm und der Sicherungsgruppe Bonn?

Str: Als Ruhland festgenommen wurde, fand man eine Waffe bei ihm. Es ist zu vermuten, daß die Drohung der SA, An-

SCHACHT ROTE HILFE SCHACHT ROTE HILFE

Wendet Euch an die ROTE HILFE

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6 (0221/545352) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW/ 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)
Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mo 17-19
Bochum: Metzstr. 4/bel Krupp, Tor 1, Mo 17-20
Köln-Süd: 5 Köln 1, Severinstr. 55, Mo 17-19
Köln-Nord: "Niehler Klaus", Niehlerstr., Mo 19.30 - 22
Münster: "Kronenburg", Hammerstr. 37, Di 19.30 - 22
Landesvorstand Bayern/ 8 München 80, Milchstr. 21
Ortsgruppe München: Mi 17-19
Augsburg-Oberhausen: Eichlerstr. 1 Fr 20-22
Nürnberg: Sperberstraße 21, Donnerstags 19.30 Uhr
Landesvorstand Hessen/ MO+MI 17-19, SA 14-16 (0611/495738)
Ortsgruppe Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 Mittwoch 20 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673), Di und Fr 17-19
Moabit: Oldenburger Str. 44, Laden, Mi 20-22
Wedding: "Zur stumpfen Ecke", Liebenwalder/Malplaquetstr. Mi 19-22
Neukölln: "Parkrestaurant", Nogat/Kirchhofstr., Mi 19.30-22
Kreuzberg: Leuschner Damm/Ecke Waldemarstr. Mi 19.30-22
Schöneberg: KPD-Laden, Leber/Ecke G. Müllerstr. Mi, 19 h
Tegel: Alttegel Bierstube, Schleierstr. Mi, 19.30 Uhr
Stuttgart: Cannstadt, "Friedenau", Wilhelmstr. Fr. 20 Uhr

Bestellschein

Ich bestelle ab die ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnements-Preis von

halbjährlich	4,80 DM
jährlich	9,60 DM
Förderabonnement	
jährlich	20,- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE P/SchA Dortmund 37683 - 467 überwiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:
Unterschrift:

Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. ool 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTEN HILFE-Büros!

SCHACHT ROTE HILFE SCHACHT ROTE HILFE

Fortsetzung Seite 3

Vorläufige Erklärung des Komitees FREIHEIT FÜR HORST MAHLER

Am 2. September 1975 rief Professor Dr. Gerhard Bauer von der Freien Universität Berlin auf einer Veranstaltung der ROTEN HILFE in Westberlin gegen das drohende Berufsverbot von RA Fritz Gültmeier zur Gründung des Komitees "FREIHEIT FÜR HORST MAHLER" auf. Ziel des wenige Tage später gegründeten Komitees ist die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler, die Verurteilung des Meineidsschwörers Ruhland und die Freilassung von Horst Mahler.

Die RHZ druckt Auszüge aus der Vorläufigen Erklärung des Komitees "FREIHEIT FÜR HORST MAHLER" ab und fordert dazu auf, dieses Komitee tatkräftig zu unterstützen. Die vorläufige Anschrift des Komitees: Prof. Dr. Gerhard Bauer, 1 Berlin 45, Goethestr. 30.

5 Jahre bereits wird Horst Mahler hinter Gefängnismauern gehalten. Nach dem Willen seiner Richter und der zur Revision der skandalösen Urteile nicht bereiten Richter des BGH soll er noch 9 Jahre in Unfreiheit bleiben. 14 Jahre für antikapitalistische und antimperialistische Gesinnung, das ist eines der ungeheuerlichsten Unrechtsurteile der politischen Justiz in der Nachkriegszeit.

Nicht Taten tadeln oder Straffaten, sondern einzig seine politische Gesinnung, sein entschiedener Einsatz gegen Ausbeuterparteilichkeit für ehemalige Nazis, vor allem für die Haupttäter und Unterdrückung seit Beginn der 60er Jahre, sein verächtliches Auftreten gegen den Aggressionskrieg der USA in Indochina belastet oder wie eindeutig überführt sie waren, sie wurden bildeten den Grund für dieses Urteil. Der Prozeß war für die bundesrepublikanische Justiz die Gelegenheit, sich an dem gebrochene Unrechtsurteile der politischen Justiz in der Nachkriegszeit zu rächen, der ihre "Spitzelgen" verheißt hatte, der sich nicht auf die Seite der Herrschenden, sondern der Entrechteten und Unterdrückten gestellt hatte und als Verteidiger von fortschrittlichen Menschen und Antimperialisten unerschrocken gegen Unrecht und staatliche Gewalt aufgetreten war.

Vorgeworfen wurde ihm die Beteiligung an einem Bankraub sowie an der Betretung von Andreas Baader. Das Gericht konnte sich auf keinen anderen Beweis stützen als auf die Aussage des Kronzeugen Ruhland, dessen Unglaubwürdigkeit, dessen Rolle als Werkzeug des Verfassungsschutzes mehrfach bewiesen worden ist und im Verfahren selbst erhärtet wurde. Aus Beweisnot wurde ein rein deduktiver "Beweis" konstruiert: weil Horst Mahler sich zu den Zielen der "kriminellen Vereinigung" (RAF) bekannte, müsse er sich auch an ihren Taten beteiligt haben. "Geistige Mittäterschaft" wurde ihm vorgeworfen, seine "hohe Intelligenz" als Beweis für kriminelle Delle herangezogen. Da das Gericht ihm eine Beteiligung an einem Bankraub nicht nachweisen konnte, verurteilte es ihn ausdrücklich wegen seiner "Fähigkeiten", einen Bankraub zu veranlassen. Es erhöhte das Strafmaß ausdrücklich wegen der "von dem Angeklagten weiter ausgehenden Gefahr".

Als Vorbild für viele folgende politische Prozesse wurde das 1. Verfahren gegen Horst Mahler (Urteil: 12 Jahre) von den Verfahren gegen die Mitbeschuldigten abgetrennt, ein nur für ihn zusammengestelltes Sondergericht mit Bundesanwälten aus Karlsruhe eingesetzt.

- die Öffentlichkeit mit Schikanen eingeschüchert, wiederholt ausgeschlossen oder ferngehalten,
- die Verteidigung behindert, ein korrektes Protokoll unmöglich gemacht, Einsicht in die meisten Vernehmungprotokolle Ruhlands verweigert,
- das Landgericht Moabit in eine Festung mit zugemauerten Fenstern und massivem Polizeiaufgebot ausgestattet,
- auch in den Gerichtssaal bewaffnete Polizei postiert,
- Mahler wie der faschistische Massenmörder Eichmann in einen schufisicheren Glaskasten gesetzt,
- mit zusätzlicher systematischer Propaganda der Eindruck

verbreitet, es handle sich um einen Schwerverbrecher, vor dem die Bevölkerung geschützt werden müsse.

Horst Mahler, der seit Beginn seiner Anwaltstätigkeit gegen die restaurativen Tendenzen der Bundesrepublik, gegen das ungebrochene Weiterwirken faschistischer Gesinnung und Amtsgewalt gekämpft hatte. fand keine "unabhängige", unvoreingenommene oder für alle "gleiche" Rechtsprechung. In Tausenden von Prozessen hat die westdeutsche Justiz ihre Parteilichkeit für ehemalige Nazis, vor allem für die Haupttäter und Unterdrückung seit Beginn der 60er Jahre, sein verächtliches Auftreten gegen den Aggressionskrieg der USA in Indochina belastet oder wie eindeutig überführt sie waren, sie wurden bildeten den Grund für dieses Urteil. Der Prozeß war für die bundesrepublikanische Justiz die Gelegenheit, sich an dem gebrochene Unrechtsurteile der politischen Justiz in der Nachkriegszeit zu rächen, der ihre "Spitzelgen" verheißt hatte, der sich nicht auf die Seite der Herrschenden, sondern der Entrechteten und Unterdrückten gestellt hatte und als Verteidiger von fortschrittlichen Menschen und Antimperialisten unerschrocken gegen Unrecht und staatliche Gewalt aufgetreten war.

Der polizeiliche Totschläger von Benno Ohnesorg, Kurras, ist niemals dafür bestraft worden. Aber auch öffentlichen Ankläger Mahler soll weiterhin geächtet werden, die den Vertuschungsversuchen erfolgreich entgegengetreten ist, die prinzipielle Parteilichkeit der Justiz für die Polizei in diesem wie in zahlreichen Fällen aufgedeckt hat.

Im Hauptverfahren gegen Mahler wurde die Urteilsbegründung vom beklagten Richter Weiß ausformuliert, der den Richterkollegen Rhesse, Mitwirkenden an Hunderten von Todesurteilen an Freisiers "Volksgerichtshof", deswegen freigesprochen hatte, weil Rhesse "im Einklang mit seiner Umgebung" gehandelt hätte.

Die beabsichtigte Folgewirkung des Mahler-Urteils, die Ermunterung zu unverhüllten reaktionären Gesinnungsurteilen läßt sich an zahlreichen Prozessen danach ablesen. Die Verteidigung wurde immer weiter eingeschränkt, ihr Kontakt mit den Angeklagten, der einzig eine gründliche und politische Verteidigung möglich macht, zunehmend als kriminell eingestuft und unterbunden. Anwälte entpflichtet oder ganz ausgeschaltet, Vertrauensanwälte durch bestellte Zwangsverteidiger ersetzt. Straftaten werden immer mehr durch Kronzeugen

konstruiert, als "Zeugen" der Staatsanwaltschaft fungieren Verfassungsschutzbeamte, Polizisten und Spitzel, die ihre Festung Moabit bis in heute nicht wieder abgebaut. Die Durchsuchung, Kontrolle, Fälschung sowie häufiger Ausschluss oder Bestrafung der Öffentlichkeit gehört inzwischen zum juristischen Alltag.

- Unter dem Vorwand, eine angebliche Terroristengefahr zu bekämpfen, werden die demokratischen Freiheiten und wesentliche Rechte des Bürgers beschneidet. Ein Unterdrückungsapparat gegen die Bevölkerung wird systematisch ausgebaut durch
- Verstärkung und weitere Militarisierung der Polizei, Aufstellung von Spezialkommandos, Einsatz von Giftstoffen wie "chemical mace" gegen die Bevölkerung,
- die geplante Freigabe des Todesschusses,

- die legale Einführung eines Kronzeugen,
- die Verteidigerausschließungsgesetze,
- die Berufsverbote gegen fortschrittliche Verteidiger, Lehrer und Ärzte,
- die Errichtung einer umfassenden Bespitzelung und Kontrolle der Bevölkerung durch Polizei und Staatsschutzorgane, die politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse gegen klassenbewußte und kämpferische Arbeiter.

Wenn heute Horst Mahler aufgrund der haltlosen und bereits damals von einem großen Teil der Öffentlichkeit als Fehlurteil angeprangerten Verurteilung weiter in Haft gehalten wird, so bedeutet das mehr als bloße Hartnäckigkeit der Justiz, mehr als automatische Ausführung eines einmal ergangenen Unrechtspruchs. Mahler hat sich in einer gründlichen Kritik und Selbstkritik von der massenfeindlichen Politik der RAF losgesagt. Am 1. 3. 75 hat er öffentlich erklärt, nicht durch eine putschistische Aktion wie die Lorenz-Entführung lasse er sich befehlen, sondern die anwachsende Kraft der Massen und der Arbeiterklasse werde seine Freilassung erzwingen. Der Staats- und Justizapparat sieht in ihm seitdem erst recht eine Gefahr. An der Behandlung von Horst Mahler läßt sich konzentriert ablesen, was auch das immer schärfere Vorgehen gegen Tausende von Kommunisten und entscheidende Demokraten als sogenannte "Verfassungsfeinde" angeht:

Horst Mahler wartet auch im Gefängnis seine Freilassung nicht geduldig ab. In Briefen, Stellungnahmen und Beiträgen zu Veranstaltungen hat er in die politische Diskussion um den richtigen Zusammenschluß der Arbeiterklasse eingegriffen. Den Kampf im Gefängnis gegen die miserablen Haftbedingungen, gegen Isolationshaft, Zensur und Schikanen, gegen die Spaltung zwischen politischen und sogenannten kriminellen Gefangenen hat er entscheidend vorangebracht. Er unterstützt aus seiner Zelle heraus den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit, die Wahrung der eigenen Interessen dieses Landes und seiner Bevölkerung gegen die Überziehung mit einem US-amerikanischen Präventivatomkrieg und gegen die Verwindung in ein Aufmarsch- und Ausplunderungsgebiet des sowjetischen Sozialimperialismus. Die Justizverwaltung bestraft auch diese politische Meinung und Aktivität mit weiterer Haftverschärfung. Sie enthält ihm gezielt diejenigen Schriften, in denen eine Politik der Einheitsfront gegen die beiden Supermächte entwickelt wird.

Wir fordern, ohne uns deshalb mit Mahler und seiner politischen Überzeugung zu identifizieren, daß er seine Meinung in Freiheit vertreten, an den politischen Diskussionen und organisatorischen Anstrengungen zur Errichtung der von ihm angestrebten Einheitsfront ungehindert teilnehmen kann und nicht länger wegen dieses sich schon rein juristisch unhaltbaren Urteils gefangen gehalten wird.

Wir fordern, daß er seinen Beruf frei ausüben und, weil er die politische Arbeit auch für einen Rechtsanwalt für unerlässlich hält, daß er in und außerhalb seiner Kanzlei ohne juristische und Standeszensur politisch auftreten kann.

Wir fordern die Wiederaufnahme des Verfahrens mit dem Ziel der Freilassung von Horst Mahler.

Wir fordern die Verurteilung Ruhlands wegen Meineids.

Wir fordern die Aufhebung der Sonderbehandlung, die Beseitigung von Zensur und Schikanen für Mahler wie für alle Gefangenen.

8. OKTOBER 1975:
HORST MAHLER
5 JAHRE IN HAFT!



Noch vorrätig: Broschüre zum Mahler-Prozeß 1973. Preis: 1,- DM Bestellungen bei RH 5 Köln 30 Gumprechtstr. 6



FORTS. Ströbele über Ruhland

klage wegen "versuchten Mordes" gegen ihn zu erheben, ausschlaggebend für Ruhlands Bereitschaft war, Horst Mahler zu belasten. Ein Verfahren gegen Ruhland wurde nie durchgeführt. Daß Bundespräsident Heinemann Ruhland, der in einem anderen Prozeß 4 1/2 Jahre bekam, nach dem Auftreten als Kronzeuge gegen Mahler begnadigte, ist allgemein bekannt.

RH: Können Sie uns sagen, wie der Kronzeuge im Gegensatz zu den Entlastungszeugen vor Gericht behandelt wurde?

Str: Deutlich wurde die unterschiedliche Behandlung der Zeugen durch das Gericht bei der Befragung der von der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen. Diese wurden in äußerst ausführlicher Weise auf ihre Vergangenheit auf ihre Vorstrafen usw. untersucht. Während das Gericht desinteressiert war, den Kronzeugen Ruhland auf sein Vorleben hin zu befragen. Einer der Entlastungszeugen war für das Gericht schon aus dem Grunde unglaubwürdig, weil dieser plante, ein Buch über Fehlurteile zu schreiben. Bei der Befragung eines anderen Entlastungszeugen griff der vorsitzende Richter ein mit den sinngemäß wiedergegebenen Worten: "Bei dem Zeugen kommt es eh nicht darauf an." Überhaupt wurde Ruhland äußerst zuvorkommend vom Gericht behandelt. So sagte der Vorsitzende zu Ruhland, er brauche auf Fragen der Verteidigung nur zu antworten, wenn er, der Vorsitzende, die Hand hebe. In für die STA breuzlichen Situationen griff der Vorsitzende ein und unterbrach die Befragung mit der Begründung, Ruhland brauche eine Ruhe-

pause. Selbstverständlich wurde der Kronzeuge in dieser Pause wieder frisch für seine Aussagen präpariert.

RH: In den Plädoyers von Ihnen und RA Schilly führten sie aus, daß die Devisen in diesem Prozeß war "im Zweifel für den Kronzeugen" und eben nicht für den Angeklagten. Können Sie uns sagen, wie sich das in diesem Prozeß abspielte?



Der Kronzeuge: K.H. Ruhland

Str: Einmal gilt das natürlich für das eben beschriebene Verhalten des Gerichts gegenüber dem Kronzeugen Ruhland, das darum bemüht war, alles zu vermeiden, was seine Glaubwürdigkeit erschüttern könnte. Es gilt für die Praxis des Gerichts, alle Widersprüche in Ruhlands Aussagen als "verständlich" und sogar als Beweis für seine Glaubwürdigkeit abzutun! So hätte selbst im bürgerlich-rechtstaatlichen Sinne - gemäß des Grundsatzes "im Zweifel für den Angeklagten" - das Gericht den

Zeugen Ruhland ablehnen müssen. Das Gericht verfuhr vielmehr umgekehrt, indem es dem Angeklagten Horst Mahler den Unschuldsbeweis aufbürdete.

RH: Im Prozeßverlauf gelang es dem Angeklagten und seiner Verteidigung die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Ruhland zu erschüttern und den wahren Hintergrund des Prozesses offenzulegen, nämlich daß hier nackte Gesinnungsjustiz herrscht. Bundesanwalt Träger bediente sich da einer ganz besonderen Methode. Können Sie uns mehr darüber sagen?

Str: Die Methode im Prozeß gegen Horst Mahler war - kurz gesagt - folgende: Weil Horst Mahler sich nicht von den ihm zur Last gelegten Taten politisch distanzierte, so begründete das Gericht, müsse er an den Taten teilgenommen haben. Im Urteil formulierte das Gericht deutlich, daß es die Haltung Horst Mahlers ist, die bestraft werden soll und weiter führte das Gericht aus, es sei undenkbar, daß der Angeklagte bei seiner Intelligenz an den Banküberfällen nicht teilgenommen habe. Diese Bestrafung der politischen Gesinnung stützt sich auf den § 129, einen Paragraphen und eine Praxis, die in großem Umfang in den 50er Jahren gegen Kommunisten angewandt wurde. Praktiziert wurde dieser Paragraph in der Weimarer Zeit z. B. gegen die alte Rote Hilfe, wo sogar schon Spender als Unterstützer einer "kriminellen Vereinigung" verfolgt wurden. Für uns war die Wiederanwendung dieser Praxis - der Bestrafung der Gesinnung - im Prozeß gegen Horst Mahler damals eine neue bittere Erfahrung. Man muß festhalten, daß das Gericht von Anfang an fest entschlossen war, Horst Mahler mit Hilfe der Aussagen des Ruhlands zu verurteilen.

RH: Ingesamt ist es in der BRD ja rechtswidrig, einen Prozeß zu führen, der sich auf einen Kronzeugen stützt. Jetzt allerdings wird im Bundestag über ein solches Gesetz gerade beraten und eine Vorlage erarbeitet. Was hat das für Konsequenzen gerade in den politischen Prozessen? Welche Erfahrungen gibt es mit "Kronzeugen-Regelungen" in anderen Ländern?

Str: Dieses "Kronzeugen-Gesetz" wurde in Wirklichkeit in nicht wenigen Prozessen von den Gerichten schon praktiziert. So im Prozeß gegen Dieter Kunzelmann, wo sich die Kronzeugin A. Bruhn durch die Belastung des Angeklagten die Freiheit erkaufen konnte.

Exemplarisch zeigte es sich im Prozeß gegen Horst Mahler, was mit dem zu erwartenden "Kronzeugen-Gesetz" alles möglich ist. Es ist entsprechend zu vermuten, daß die Legalisierung dieser Praxis der STA auch in weniger spektakulären Prozessen und bei weniger zur Verteilung geeigneten Gerichten ermöglichen wird, Verurteilungen durchzusetzen. Die Erfahrungen in den USA übrigens zeigen, daß die Aussagen von Kronzeugen nur in den seltensten Fällen der Wahrheit entsprechen. Vielmehr öffnet die Praxis mit den Kronzeugen dem Denunziantentum Tür und Tor: nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß derjenige, der einen anderen belastet, sich Straffreiheit erkaufen kann. Die Kronzeugenregelung - das beweisen gerade die Erfahrungen im Prozeß gegen Horst Mahler - wird Grundlage sein für ein noch größeres Ausmaß an Unrechtsurteilen, wird die Tür öffnen für eine Reihe von politischen Verfahren, bei denen eine Verurteilung nur über die Aussagen eines präparierten Zeugen erfolgen wird!

RH: Wir danken für das Gespräch!

Verfassungsschutz und Beamte der "Sicherungsgruppe Bonn" zwei Jahre lang präpariert worden war, brach bereits im Prozeß zusammen!

Um den Schuldspruch anschaulich vorwegzunehmen wurde Horst Mahler wie ein gemeinfährlicher Verbrecher zur Schau gestellt, indem das Gericht zur Festung ausgebaut, die Fenster zugemauert und Horst Mahler in einen Panzerglaskasten gezwängt wurde!

Mit diesem ungeheuerlichen Urteil, begleitet von reaktionärer Pressehetze und riesigen Polizeiaufgeboten, probte die bürgerliche Klassenjustiz verschärfte Maßnahmen zur Niederhaltung des erwachenden Widerstandes der Massen, der sich angesichts der tiefer werdenden Krise und der wachsenden Kriegsgefahr verstärkt.

Heute benutzt die bürgerliche Justiz das Exempel des Mahler-Prozesses, um gegen das Streben der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte des Volkes nach Einheit gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, für den Sozialismus, vorzugehen. Denn der Prozeß gegen Horst Mahler war wichtiger Bestandteil der Aufrüstung und Ausrichtung des Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie unter Führung von Schmidt und Genscher:

- Kriminalisierung und Ausschluss von Rechtsanwälten politisch Verfolgter,
- illegale Beweismittelbeschaffung durch Beschlagnahme von Verteidigerpost,
- geplante Überwachung der Gespräche des Verteidigers mit seinem Mandanten,
- geplantes "Kronzeugen"-Gesetz, was nichts anders bedeutet als die Möglichkeit, "Zeugen" zu kaufen,
- Bürgerkriegsmanöver, Straßenkontrollen, Absperren von ganzen Wohnvierteln und Autobahnen,
- spektakuläre Jagd auf immer neue Anarchistengruppen, um die Bevölkerung einzuschüchtern,
- Erschießungen zahlreicher Menschen durch Polizei im Zuge dieser Einschüchterungsmaßnahmen,
- Aufrüstung und Verstärkung von Polizei und Bundesgrenzschutz, Bürgerkriegsmanöver der Bundeswehr,
- Ausstellung von Spezialkommandos für den Todesschuß,
- Ausbau des Spitzel- und Denunziantennetzes, um die Bevölkerung umfassender politischer Kontrolle zu unterwerfen; Durchpeitschung von Gesetzen und Beschlüssen, die eine allseitige Verfolgung

"... EINPEITSCHER GEGEN UNSERE RECHTSSTAATLICHE ORDNUNG UND EIGENTLICHEN FÜHRER DER ENTPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION, DEN SOGENANNTEN RECHTSANWALT HORST MAHLER..." (Rudolf Siegel in "Berliner Morgenpost" vom 3. 5. 68)

"WO ES RABATZ GIBT, FEHLT ER FAST NIE: RECHTSANWALT MAHLER, JURISTISCHER BERATER DES SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES", "ANTIDEMOKRATISCH", "TRÄGER DER KOMMUNISTISCHEN VERSCHWÖRUNG GEGEN UNSERE STADT (Westberlin)", "RÄDELSFÜHRER" und "BEFÜRWORDER DER ANWENDUNG VON GEWALT"....

es läßt sich kaum zusammenfassen, welche Beschimpfungen, Denunziationen, Verleumdungen und Hetze von der SPRINGERPRESSE gegenüber Horst Mahler und seine konsequent antimperialistische Haltung in der Studentenbewegung entfacht worden ist. Systematisch wurde Horst Mahler zu einem Kriminellen und Verschwörer aufgebaut, gegen den sich vor allem die "Berliner" wehren müssen, weil er die Stadt in "Verrut" bringe. Justiz und Senat werden immer wieder aufgefordert unverzüglich einzugreifen.

und politische Disziplinierung klassenbewußter Arbeiter und anderer fortschrittlichen Menschen "legalisieren". Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, nach denen alle die Zugehörigkeit zu einer revolutionären oder kommunistischen Organisation oder die Beteiligung an fortschrittlichen Veranstaltungen zum Ausschluss aus den Gewerkschaften führt, sollen den Zusammenschluß der Arbeiterklasse verhindern. Die gemeinsame Front zwischen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz im Kampf für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus soll verhindert werden durch Berufsverbote für Antimperialisten und Kommunisten. Hunderte von Lehrern, die sich in den Dienst des Volkes gestellt haben, sind bereits davon betroffen. Arbeiter, die zu den Betriebsratswahlen auf einer oppositionellen Liste kandidieren, wurden bespitzelt, von reaktionären Gewerkschaftsführern und DKP-Revisionisten denunziert und verloren ihren Arbeitsplatz!

Geht es hier also darum, die Bevölkerung vor dem "Terror"

BERLINER MORGENPOST



Die Geduld hat ein Ende. Wenn sich der amerikanische Präsident Johnson heute entschließen, Berlin einen Besuch abzustatten, Berlin wird heiß, aber bestimmt nicht so heiß, wie bestimmt werden. Der Präsident würde höchstwahrscheinlich angepöbeln, mit Rauschertönen und Tomaten beworfen werden. Mit blutigen Zwischenfällen, wie wir sie am 2. Juni anlässlich der Schul-Besuche erlebten, müssen wir rechnen. Kein Gast ist seiner Würde in unserer Stadt mehr schuldig, wenn es einigen radikalen Minderheiten ein Konzept paßt. Berlin ist — ein unerblicklicher und alarmierender Vorgang — der Gastfreundschaft nicht mehr unendlich dankbar, und falls eine radikale Minderheit eine gutwillige Mehrheit, nämlich die hart arbeitende Bevölkerung, zu überzeugen vermag. Von Woche zu Woche wird es deutlicher, wie lebensgefährlich für Berlin das Treiben von Gruppen ist, die sich als außerparlamentarische Opposition bezeichnen und die im Kampf gegen das demokratische Staatswesen mit Waffen führen, die sie dem demokratischen Ansatz entziehen.

Nur werden gegen das Amerikaflaus in Berlin geworfen, die Fahne der USA wird verweigert, US-Präsident Humphrey wird als "Mörder" verunglimpft, und in Neukölln versammelt eine amerikanische "Truppenpartei" zu stören, um damit zeigen die vielen Antimperialisten zu demonstrieren. Das ganze Verfahren zeigt Methode. Das sind nicht die meisten Antimperialisten von Idealen und Parolen, sondern Aktionen, die gezielt gegen die Schutzfunktionen der USA in Berlin und damit gegen die Freiheit und Substanz von zweieinhalb Millionen Berlinern gerichtet sind.

Einigen Radikalen plätscht kürzlich in Neukölln der Krieg, und sie machen auf handfeste Weise geltend, was sie von den antiamerikanischen Demonstrationen hielten. Es waren, das läßt sich nicht sagen, keine Jabel-Berliner, keine Leute mit Keppeln und Schlagringen, keine gedungenen Schläger. Der CDU-Abgeordnete Karl-Franz Schmidt drückte in einem offenen Brief an den Reichsbürgerversammlung seinen Bewunderung über die spontane Reaktion Neuköllner Bürger aus. Im Auftrag des Antimperialistischen Clubs trat Rechtsanwalt Mahler daraufhin gegen Schmidt an. Er forderte die Entziehung zum Landesverbruch und zu gefährlicher Körperverletzung.

BERLINER MORGENPOST, 27. AUGUST 1967

ismus? zu schützen? Nein! Die Bourgeoisie bekämpft ihre Feinde, die Arbeiterklasse und das werktätige Volk, gegen sie und ihre fortgeschrittenen revolutionären und kommunistischen Vertreter sind all diese Maßnahmen gerichtet — gegen die Antimperialisten und Kommunisten und fortschrittlichen Menschen in unserem Land, die angesichts der drohenden Kriegsgefahr augenblicklich alle Kräfte zusammenschließen, mit denen ein Zusammenschluß gegen die beiden imperialistischen Supermächte möglich ist — gegen alle, die für das Ziel der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus eintreten! Genosse Horst Mahler hat sich in diese Front eingereiht!

Man Mahler, der als Anwalt der Rechte die Interessen von Leuten wahrnimmt, die in Ermangelung von Argumenten mit Raushereien, Steinen und Tomaten werfen, die unsere Polizisten attackieren, beleidigen und bis zu 1000 Mark Geldstrafe zahlen müssen. Mahler, der als "Mörder" (Ulterior, die den Straßenverkehr blockieren, die den Hauptweg Teil einer Torheit zur anderen überbrücken — dieser Mahler, Anwalt des Rechts, der für die Rechte der "Republikanischen Club" das Mischungsverhältnis als Instrument der politischen Unterhaltung in Erwägung zog, möchte nun noch als Apostel der Gewalttätigkeit in die Anwaltschaft einsteigen. Ein kapitaler Bock macht sich ab mit zum Glücke.

Dieser Rechtsanwalt Mahler, der selbst verurteilt ist, hat die Rechte der Arbeiterklasse und Intelligenz auf eigenartige Weise zu schützen versucht, alle Anträge gar eifrig im Auge behalten werden. Niemand in dieser Stadt, niemand, hat das Recht, Flüsse und Schläge, nicht als Beweis für seine Argumentation zu empfehlen. Aber es gilt, was der SPD-Landesvorstand als Instrument gegen sie schreibt: "Wer jedoch die Mehrheit bewirkt, wird nicht nur die Mehrheit, sondern einen anderen Weg steht, sich selbst und seine Meinung irrelevant zu machen, darf nicht verwirrt sein, wenn die Mehrheit auf die Dauer nicht die Mehrheit sein wird." Diese Gelassenheit kann nicht erwartet werden, solange der Senat auf die radikalen Minderheiten starr wie das Kaminschen auf die Schlange solange es einigen von Arbeit und Fleiß nicht belästigen Studenten wie gestern gelang, große Kaufhäuser zum Landesverbruch zu verurteilen, solange kein Berliner Ereignis, wie etwa der Start des Parisertruhens, nicht als Beweis für seine Argumentation ist, daß sich politische Illusionen dieses Radikalen bündeln.

Die Geduld des Bürgers ist ein Ende. Die Geduld mit den radikalen Minderheiten ist mit einem Satz, der die Mehrheit, die Bevölkerung nämlich, weder zu rezipieren noch zu schützen imstande ist.



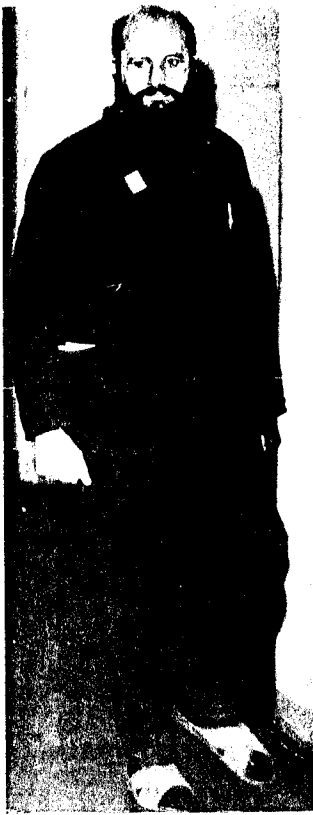
Diese Hetzzeichnung aus der UZ ("Unsere Zeit", Zeitung der DKP vom 21. 3. 1975) steht der Lumpenpresse Springers in nichts nach! Den Massen soll eingedrängt werden, Horst Mahler stehe nicht auf Seite der Arbeiterklasse — dies zwei Wochen nach der Lorenz-Entführung, wo Horst Mahler durch seine Weigerung, sich durch eine anarchistische Aktion befreien zu lassen, seine tiefe Verbundenheit mit der Arbeiterklasse bewies

Unermüdet hat er seit seiner Verurteilung die Geschichte der Arbeiterbewegung studiert, sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus auseinandergesetzt und die Diskussion mit der Kommunistischen Partei und den revolutionären Kräften in unserem Land gesucht. Er hat mit seiner zeitweiligen Vorstellung, daß im kleinbürgerlichen Anarchismus die Befreiung der Arbeiterklasse und des Volkes zu suchen ist, Konbruch gebrochen. Im radikalen Bereich, einer öffentlichen Selbstkritik am Anarchismus und seiner Massenfeldigkeit, fand Genosse Horst Mahler den Weg an die Seite der Arbeiterklasse. Im Vertrauen und gestützt auf die Solidarität der Masse setzt Genosse Horst Mahler den Kampf im Gefängnis fort, wissend, daß keine noch so starke Mauer ihn von der Arbeiterklasse trennen kann, wissend, daß eines Tages die Festungen der Bourgeoisie vom Massensturm vernichtet werden. Die bürgerliche Justiz hat in ihm den Kommunisten und Kämpfer an der Seite der Arbeiterklasse erkannt und erschrickt, daß Horst Mahler den Klassenkampf im Ge-

1956-75 Mahlers Weg an die Seite der Arbeiterklasse

- 1956 Horst Mahler, Jurastudent, 20 Jahre alt, wird Mitglied der SPD
- 1958 er gehört zum Kreis der Charlottenburger SPD-"Linken" um Harry Ristock (heute tritt dieser für Berufsverbote gegen Kommunisten ein). Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Charlottenburger Jungsozialisten wendet sich Horst Mahler gegen die NATO und erhält deswegen ein Parteiausschlußverfahren. Vorsitzender der Schiedskommission ist Kurt Neubauer, heute Innensenator.
- 1959 er wird Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Wegen dieser Mitgliedschaft wird er schließlich aus der SPD ausgeschlossen.
- 1962 führt die "Neue Linke", ein Arbeitskreis des SDS, die erste von den Senatparteien unabhängige Matkündigung in Westberlin durch. Vor ca 800 Teilnehmern sprechen Claude Bourdet, ein damals bekannter Politiker der französischen Linken, Erich Kuby und der Betriebsratsvorsitzende Fritz Lamm aus Stuttgart.
- 1962 Kuba-Krise: Horst Mahler wird mit anderen von der Polizei festgenommen, weil er gegen die USA eine Kundgebung durchführte. Ein Verfahren wegen "Verunglimpfung der Alliierten" und "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" wird eingeleitet.
- 1963 - 1965 für Horst Mahler "Jahre der Flaute" und der "faulen Kompromisse": um zum juristischen Staatssexamen zugelassen zu werden zieht er als Gegenleistung für die Einstellung des Strafverfahrens eine Strafanzeige gegen Kurt Neubauer zurück; Neubauer hatte ihn während einer Flugblattaktion gegen die SPD-Führung lässlich angegriffen und die Flugblätter aus der Hand geschlagen. Beginn der Karriere als bürgerlicher Rechtsanwalt. Im aufsehen erregenden Thyssen-Prozeß verteidigt er den Finanzmakler Wemhoff. Es gelingt ihm als ersten deutschen Anwalt, eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission zum Schutz der Menschenrechte in Straßburg durchzubringen.
- 1965/66 Horst Mahler wird als "SDS-Anwalt" bekannt. Sein erster Fall: der peruanische Student Espinoza hatte sich geweigert, bei seinen Landstreifen für den CIA zu spionieren. Der CIA veranlaßte beim Westberliner er Innensenator die A=swesung. Horst Mahler gelingt es, diesen Fall öffentlich zu machen, die Ausweisungsverfügung mußte zurückgenommen werden. Es beginnen die ersten Demonstrationsprozesse.
- 1966 Nach der Bildung der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD in Bonn treffen sich in Mahlers Büro Initiatoren für eine Sammlungsbewegung der Linken. Ein Zeitungsexperiment, die "Berliner Extrazeitung", von Augstein ("Spiegel") finanziert erscheint fünfmal, und es wird
- 1967 im April der Republikanische Club (RC) gegründet. Der RC spielte in den folgenden Jahren der Studentenbewegung eine bedeutende Rolle als Organisations- und Informationszentrale. Zu seinen Gründern gehören u.a. Horst Mahler, Hans Magnus Enzensberger, Dr. Klaus Meschkat, Prof. Ossip Flechtheim und der FDP-Vorsitzende William Borm.
- 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Schabbesuch in Berlin wird der Student Benno Ohnesorge vom Polizisten Kurras erschossen. Horst Mahlers sofortiger Ermitlungstätigkeit über die Todesumstände war es zu verdanken, daß die Wahrheit bekannt wurde: nicht "Querschläger" oder Einwirkungen "stumpfer Gegenstände" — so die Polizei- und Senatversionen — sondern brutale Erschießung durch einen aufgehetzten Polizisten.
- 17./18. 2. 68 Horst Mahler gehört zu den Veranstaltern des Internationalen Vietnam-Kongresses in Berlin, an dem fast 30000 Menschen teilnehmen und gegen die US-Aggression gegen das vietnamesische Volk demonstrieren
- 11. 4. 68 Attentat auf Rudi Dutschke durch Josef Bachmann
- Ostern 68 in Westberlin finden wie in vielen Städten der BRD Protestaktionen gegen den Springer-Konzert statt, der seine Pogromhetze nach dem Attentat weiter fortsetzt Horst Mahler steht bei den Aktionen in Westberlin in vorderster Reihe.
- April 68 innerhalb zwei Wochen nach den Osternaktionen stellt Springer Strafantrag gegen Horst Mahler, betreibt gegen ihn eine Schadensersatzklage über 506996, 710 D und stellte die Staatsanwaltschaft Antrag auf Berufsverbot.
- 1. Mai 1968 am Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse demonstrieren in Neukölln über 3000, diese bis dahin stärkste Massierung der "Außerparlamentarischen Opposition" (APO) steht unter dem Motte "Klassenkampf statt Volksgemeinschaft" und richtet sich besonders gegen die jährlich von der DGB-Führung durchgeführten reaktionären Mai-Mobilisierungen vor dem Reichstag. In der ersten Reihe der Mai-Demonstration marschieren Horst Mahler, Wolfgang Lefevre (SDS) und Bruno Kuster (Parteivorstand der SED-West.

Genosse Horst antwortet auf Briefe



Liebe Genossen, 31.8.75 die wichtigste Grundlage für den schwierigen, langdauernden und wechselreichen revolutionären Kampf ist das Vertrauen in die eigene Kraft: in die schöpferische Kraft des Volkes, dem man angehört, in die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse unseres Landes, in die Geschlossenheit und Führungskraft der Kommunistischen Partei, schließlich in das eigene Durchhaltevermögen und die Zähigkeit und

Entschlossenheit, die Revolution zu machen.

Die Gefangenschaft, vergitterte Fenster, verschlossene Türen, Mauern und Stacheldraht, Besuchsüberwachung, Postkontrolle und politische Zensur, das Verbot, revolutionäre Presseerzeugnisse zu empfangen, sind der Versuch der Klassenjustiz, dieses revolutionäre Selbstvertrauen zu brechen. Dieser Versuch ist gescheitert,

und er wird auch künftig erfolglos bleiben. Jeder Brief von Genossen, in dem sie von ihren Erwartungen, Schwierigkeiten und Erfolgen berichten, überträgt etwas von der gemeinsamen Stärke. Besonders jene Zeugnisse unseres Kampfes, die mich aus kleinen und "entlegenen" Ortschaften oder aus ländlichen Gebieten erreichen, sind begeistert, weil sie zeigen, daß überall - und nicht nur in den "Sturmzentren" - die Menschen erwachen und den Kampf für den Sozialismus aufnehmen. Diese Gesinnung ist der Felsen, auf dem ich stehe.

Als beispielhaften Bericht hebt Genosse Mahler dann Briefe von einem Genossen in Ostholstein, aus Herford, Idar-Oberstein und des KJVD hervor. Über einen Brief des Genossen Ulrich Lenz über die Erfahrungen im Gefängnis des SSD in Ostberlin führt Horst Mahler weiter aus:

ALBANIEN-REISEGRUPPE schreibt:

Der B. R. P. SH. mobilisiert die Jugendlichen in diesen Aktionistenlagern. Sie benutzen bei ihrer Arbeit das Halstuch des B. R. P. SH., auf dem steht: Wir lernen und arbeiten, um das Vaterland zu stärken und zu verteidigen.

Es ist üblich, daß die Besucher dort mitarbeiten - und dazu bekommt jeder von ihnen auch so ein Tuch. Nun kannst Du nach dem Schandurteil der Bourgeoisie nicht dorthin fahren. Deswegen haben wir von Dir und von Deinem ant imperialistischen Kampf berichtet. Auf unsere Frage, ob wir für Dich ein Tuch bekommen können, antwortete der albanische Genosse: "Dafür könntet ihr gern auch zwei Tücher haben." Wir haben nur eines genommen. Es überbringt Dir die Solidarität der Aktionisten dieses Lagers und ihr Kommissarin mit unserem gemeinsamer Kampf um Deine Freiheit...

Wir bitten den jungen Genossen zu uns herein. Wir unterhalten uns intensiv mit dem Genossen und stellen fest, daß wir die gleichen Interessen und die gleiche Linie der Politik besessen. Dies geschah etwa 10 Tage vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Seitdem haben wir uns der KPD angeschlossen, um mit ihr gegen das System der Ausbeutung und politischen Unterdrückung zu kämpfen. Wir leben in einem Dorf in Schleswig-Holstein genauer im Kreis Ostholstein und es ist ein Graus, hier zu wohnen, so viele Mißstände auf einem Haufen ist begonnen haben zu kämpfen, um diese Mißstände zu beseitigen. Wir hausen in einer alten Strohdachgebauten Schilfhütte der afrikanischen Einwohner. Hier werden die Landarbeiter noch richtig ausgehungert und bekommen für schwere Arbeit einen Hungerlohn. Auch die ärztliche Versorgung ist miserabel...

Ich habe diesen Bericht hier deshalb hervor, weil nichts mehr mein Vertrauen zur KPD gefestigt hat als die Tatsache, daß sich in ihr Menschen zusammenschlossen haben, die entschlossen für die Revolution arbeiten und die Risiken des Kampfes bereitwillig tragen, Arbeitslosigkeit, Berufsverbot, Gefangenschaft, Polter und Tod nicht fürchten; - und ich kann die Scham nicht beschreiben, die ich angesichts der Arroganz gewisser Personen empfinde, die sich für Revolutionäre halten und die Kommunisten als "Opportunisten" und "Feiglinge" diffamieren, nur weil diese unter revolutionärem Kampf etwas anders verstehen als aufgelegtes Herumfucheln mit Maschinenpistolen...

Genossen, ich habe nur einige wenige Briefe erwähnen können, die mir Genossen von "draußen" geschrieben haben. Ich habe versucht, mit einigen Beispielen die Bedeutung herauszuarbeiten, die diese Briefe für mich haben. Ich komme nicht dazu, allen, die mir schreiben, auch zu antworten. Dieser Gedanke beunruhigt mich, weil ich aufgrund eigener Erfahrung weiß, wie ärgerlich es ist, auf Briefe keine Antwort zu erhalten; aber ich müßte alle meine Aufgaben, die ich mir gestellt habe, fahren lassen, wenn ich auch nur annähernd die eingehende Post zufriedenstellend beantworten wollte. Daher will ich allen Genossen, die mir schreiben, auf diesem Wege für ihre Mühe und ihre Solidarität danken und versichern, daß jedes Zeichen kämpferischer Verbundenheit, insbesondere die Berichte über die Entwicklung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik, ein Sieg über die bürgerliche Klassenjustiz sind, die versucht, mich von der revolutionären Bewegung zu isolieren.

Mahler, berichten ihm über die Kämpfe und die immer stärker anwachsende Solidaritätsbewegung. Resolutionen und Kampfesgrüße senden Arbeiter und Werktätige von ihren Veranstaltungen, Horst Mahler selbst schreibt Redebeiträge für Veranstaltungen, macht, soweit es ihm möglich ist, wissenschaftliche Ausarbeitungen und führt im Gefängnis den Kampf um bessere Haftbedingungen.

War sich die Bourgeoisie ihres Sieges anfangs sicher, glaube die bürgerliche Klassenjustiz, einen Genossen aus der Front herausgebrochen zu haben, so muß sie heute erkennen, daß ihr Urteil auf wachsenden Widerstand im In- und Ausland stößt.

Genosse Horst Mahler muß den Klauen der Klassenjustiz entrissen werden!

Er gehört zu den Kämpfenden, er gehört an die Seite der Arbeiterklasse!

Wenn auch nicht heute, so wird uns morgen der Sieg gehören! Denn der Macht und Geschlossenheit der Arbeiterklasse wird die Bourgeoisie und ihre feigen Justizbüttel nicht standhalten können.

Rot Front! *kmf*

Freiheit für Horst Mahler!

Das Gesinnungsurteil gegen Horst Mahler muß fallen!

Reiht Euch ein in die Solidaritätsfront!

- 21.8.68 unter Führung der sozialimperialistischen Breschnew-Clique wird die CSSR von Truppen des Warschauer Paktes besetzt. Horst Mahler ruft mit auf zur Solidaritätsdemonstration vor die CSSR-Militärmission. Das zeitweise Bündnis zwischen der ant imperialistischen Studentenbewegung und der SED wird beendet.
- 4.11.68 Ehrengerichtsverfahren gegen Horst Mahler wegen Beteiligung an der Demonstration gegen Springer. Der Versuch, ein Berufsverbot als Rechtsanwalt durchzusetzen, scheitert. Horst Mahler bekam zu dieser Zeit insgesamt 16 Ehrengerichtsverfahren, von denen acht aufgehoben wurden.
- Nov. 1969 bis März 1970 Prozeß gegen Horst Mahler wegen "schwerem Aufruhr mit Land- und Hausfriedensbruch", d. i. Springer-Demonstration. Horst Mahler macht den Prozeß zu einem Tribunal gegen den volksfeindlichen Springer-Konzern. Eine Ordnungstrafe von 6 Tagen erhielt er, als er bei der Vorführung von Springer als Zeugen zum Charakter des Prozesses ausführte, daß es "vollkommen klar (sei), daß hier die Dummheit die Anklage erhebt und das Vorurteil zu Gericht sitzt und alle Tricks unternimmt, dieses Würstchen (gemeint ist Springer, d. Red) zu schützen." Horst Mahler wird zu 10 Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt, die Strafe wird amnestiert.
- 14.5.70 Baader wird gewaltsam aus der Haft bei einem Ausgang befreit. Gegen Horst Mahler wird Haftbefehl wegen angeblicher Beteiligung und "Mordversuch" erlassen. Sommer 1970 Horst Mahler wird in Abwesenheit vom "Ehrengericht" der Berliner Anwaltskammer zum Berufsverbot als Rechtsanwalt verurteilt.
- 8. Okt. 1976 Verhaftung Horst Mahlers. Beginn einer 3 1/2 jährigen Isolationshaft.
- 23.5.71 Horst Mahler wird vom Vorwurf der Baader-Befreiung freigesprochen, das Urteil wird später vom Bundesgerichtshof (BGH) aufgehoben.
- 9.10.72 bis 26.2.73 Prozeß gegen Horst Mahler wegen angeblicher Beteiligung an Bankräuben und Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" (§129), gemeint ist die Rote Armee Fraktion (RAF). Der Prozeß endet mit einem Terrorurteil von 12 Jahren Gefängnis. Das Urteil gründete auf den Aussagen des Kronzeugen Ruhland. Der BGH erklärt das Urteil am 27.11.73 für rechtskräftig.
- September 1974 Horst Mahler sagt sich öffentlich von der RAF los, übt Selbstkritik wegen seiner anarchistischen Anschauungen und wird Mitglied der ROTEN HILFE.
- 10.9. bis 29.11.74 erneuter Prozeß wegen angeblicher Beteiligung an der Baader-Befreiung. Obwohl noch einmal seine Nichtbeteiligung erwiesen wurde, wird Mahler verurteilt. Gesamtstrafe: 14 Jahre
- Jan.-Febr. 1975 gemeinsam mit dem Wahlkandidaten der KPD, Dieter Kunzelmann gehört Horst Mahler zur Wählerinitiative der KPD zu den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlen am 2.3.75 im Gefängnis Tegel.
- 2. Februar 75 Horst Mahler ruft gemeinsam mit den revolutionären politischen Gefangenen Ulrich Kranzusch, Hanns Marzini und Dieter Kunzelmann die Inhaftierten der RAF auf, ihren Hunger- und Durststreik sofort zu beenden, da er an das Mitleid der Bourgeoisie appelliere und mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse nichts zu tun hat.
- 27.2.75 Der CDU-Politiker Lorenz wird durch die anarchistische "Bewegung 2. Juni" entführt.
- 1. März 1975 in einer Fernsehrede lehnt Horst Mahler einen Gefangenen austausch und eine Befreiung durch individuellen Terror ab. Zuvor mußte seiner Forderung entsprochen werden, sich mit dem Mitglied des Ständigen Ausschusses der Kommunistischen Partei Deutschlands, Jürgen Hörtelmann zu beraten.
- 1. Mai 1975 auf den revolutionären Maidemonstrationen in Westberlin und mehreren Städten der BRD werden von der ROTEN HILFE Plakate mit dem Porträt Mahlers und der Forderung "Freiheit für Horst Mahler!" getragen. Aus seinem Zellenfenster heraus kann Horst Mahler eine Mai-Kundgebung der ROTEN HILFE begrüßen.
- 8. Mai 75 Horst Mahler wird von Ulrich Kranzusch besucht
- 3. Juli 75 Ulrich Lenz, Mitglied des ZK der KPD, besucht Horst Mahler und berichtet ihm über die antifaschistische Kundgebung am 9. Mai in Berlin/DDR, nach der er und weitere 17 Genossen der KPD, der Liga gegen den Imperialismus und der ROTEN HILFE verhaftet worden waren und zwei Wochen eingesperrt waren.
- 21.8.75 Horst Mahlers Sohn trägt auf einer Veranstaltung der KPD zum Jahrestag des Einmarsches der russischen Sozialimperialisten in die CSSR einen Beitrag von Horst Mahler vor, mit dem dieser sich in die antihegemonistische Front gegen die beiden imperialistischen Supermächte einreht.
- 2.9.75 Rechtsanwalt Fritz Gildemeter besucht Horst Mahler Professor Dr. Gerhard Bauer ruft auf einer Veranstaltung der ROTEN HILFE zur Gründung des Komitees "Freiheit für Horst Mahler" auf.

Genosse Fritz Gildemeier muss Anwalt bleiben!

ERFOLGREICHER BEGINN DER SOLIDARITÄTSKAMPAGNE MIT FRITZ GILDEMEIER

Die Solidarität mit dem vom Berufsverbot als Rechtsanwalt bedrohten Genossen Fritz Gildemeier, Mitglied des Zentralvorstands der ROTEN HILFE reicht weit über Augsburg hinaus. Mehrere Dutzend Persönlichkeiten und Rechtsanwältinnen aus allen Teilen der BRD und aus Westberlin unterzeichneten bisher eine Solidaritätserklärung, unter ihnen Prof. Wolfgang Abendroth aus Frankfurt. Auf Veranstaltungen der ROTEN HILFE in Westberlin, Köln und Bremen in der ersten Septemberwoche bekundeten über 1200 Menschen ihre Solidarität. Auf diesen drei Veranstaltungen sprachen weitere von Berufsverbot und politischen Ent-

lassungen Betroffene: Ärzte vom Urban-Krankenhaus in Westberlin, entlassene Arbeiter von Bayer Leverkusen und KHD in Köln, Professor Jens Scheer aus Bremen, RA Ströbele aus Berlin. Allen Veranstaltungen überbrachte Fritz Gildemeier Kampfesgrüße von Horst Mahler, den er in Tegel besuchen konnte. In Bremen machte die SPD-Polizei einen frechen Überfall auf Veranstaltungsteilnehmer und nahm mehrere Genossen vorübergehend fest. RA Gildemeier wurde die ganze Nacht verweigert, mit den Verhafteten zu sprechen. Doch auch dieser Terror wird nicht verhindern, daß die Solidaritätsbewegung noch größer wird.



Am Vormittag seines Aufenthalts in Westberlin besuchte RA Fritz Gildemeier im Gefängnis den Genossen Horst Mahler. Währenddessen wurden vor dem Gefängnis von der ROTEN HILFE Ansprachen an die Gefangenen gehalten. Nach seinem zweistündigen Gespräch mit Horst Mahler überbrachte Genosse Gildemeier den Gefangenen die revolutionären Kampfesgrüße und berichtete über sein Gespräch. Die Gefangenen grüßten mit geballten Fäusten aus den Zellenfenstern.

SOLIDARITÄTSRESOLUTION

Am 28. 5. 75 stellte die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München zum Ehrengericht für Rechtsanwälte Antrag auf Ausschluss des Augsburger Rechtsanwalts Fritz Gildemeier und stellte zugleich Antrag auf Verhängung eines Berufs- und Verbotsgesetzes.

Die berufliche Existenz des RA Gildemeier soll zerstört werden, weil er "überzeugter Anhänger der KPD (50)". Als solcher tritt er der Tradition der Thälmann'schen KP folgend für den revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolliberalisten und die Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse ein (aus der Einleitung der Anschuldigungsschrift). Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft verstößt dies gegen § 43 der Bundesrechtsanwaltsordnung: "Der Rechtsanwalt hat seinen Beruf gewissenhaft auszuüben. Er hat sich innerhalb und außerhalb des Berufes der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen, welches die Stellung des Rechtsanwalts erfordert." Bezeichnenderweise enthält die 22-seitige Anschuldigungsschrift nicht einen einzigen Fall, in dem der Rechtsanwalt Gildemeier seinen Beruf nicht " gewissenhaft" ausgeübt hätte. Stattdessen werden insbesondere 4 Flugblätter im Wortlaut aufgeführt, die Rechtsanwalt Gildemeier "außerhalb des Berufes", nämlich z. T. während des Wahlkampfes zum Bayerischen Landtag, zu dem RA Gildemeier für die KPD kandidierte, verteilte. Für "unwürdig" hält der Staatsanwalt auch die Tatsache, daß Horst Mahler, der "durch die Entführung des Berliner CDU-Politikers Lorenz befreit werden sollte", den Rechtsanwalt Gildemeier in einem Schreiben mit "Du" und "Genosse" angesprochen hat. Hier wird deutlich, was die Staatsanwaltschaft unter der "Würde eines Rechtsanwalts" versteht: sie ist "das Pathos des Herrschenden und der Zynismus der Unterdrückten so erfolgreich verschleiert wird" (aus der Verteidigungsrede Horst Mahlers in einem ehrengerichtlichen Verfahren gegen ihn im Jahre 1968; zit. im "Spiegel" 46/68). Wie die Unterzeichner sind nicht der Meinung, daß ein Kommunist "unwürdig" ist, den Beruf eines Anwalts auszuüben. Vielmehr sind wir der Auffassung, daß die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft gegen Rechtsanwalt Gildemeier im Zusammenhang mit den Verfolgungen anderer unbehaglicher Anwälte wie Brentzel (Dortmund), Dr. Croissant (Stuttgart), Erika Fischer (Köln), Groenewold (Hamburg), Kraetsch (Berlin), Nagel (München), Ströbele (Berlin), Schmidt (Dortmund), Wächter (München) und vieler anderer zu sehen sind.

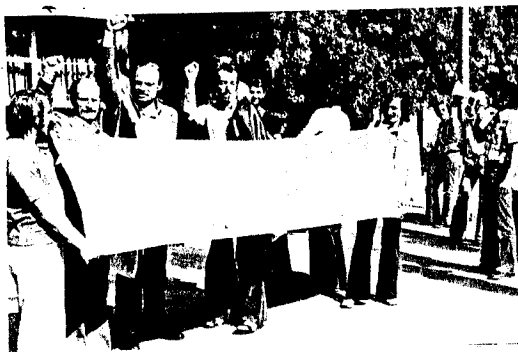
Diese Verfolgungen dienen zusammen mit den Gesetzen zur Einschränkung der Rechte der Verteidigung, die am 2. 1. 75 in Kraft getreten sind und noch weiter verschärft werden sollen, allein dem Ziel, die Anwälte an die Kette der Strafverfolgungsbehörden zu legen und dadurch politische Strafverfahren, deren Zahl immer mehr zunimmt, reibungsloser zu gestalten. Gegen diese Entwicklung protestieren wir. Wir fordern die sofortige Einstellung des Ehrengerichtsverfahrens gegen Rechtsanwalt Gildemeier!

Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth, Frankfurt; RA Ratner Anhus, Dortmund; Jörg Assam, Ingelheim; RA Werner Baufeld; RA Dieter Berthmann, Nürnberg; RA Hugo Brentzel, Dortmund; RA Dr. Klaus Croissant, Stuttgart; Dr. Ingeborg Drexler, Berlin; RA Rainer Ellertling, Berlin; RA Berthel Ewersohn, Köln; Horst Furbusinger, Hoffmann; RA Rainer Ellertling, Berlin; RA Berthel Ewersohn, Köln; RA Rainer Ellertling, Berlin; Dr. Roland Gitz, Augsburg; RA Alexander Gay, Berlin; RA Udo Gröblich, Berlin; RA Bernd Häusser, Berlin; Jürgen Henningsen, Hochschullehrer; RA Henner Krätzig, Berlin; RA Eberhard Lieder, Berlin; Horst Mahler, Berlin; Roman Pohl, Arzt, Köln; RA Harald Remé, Berlin; RA Jürgen Schifferer, Mannheim; Prof. Christian Sigrist, Münster; RA Thomas Weyher, Stuttgart; Prof. Ralph Rainer Wüthenow, Frankfurt; Fee Zscheke, Journalist, Hamburg; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, Frankfurt; RA Fritz Gildemeier.

VERANSTALTUNG mit Fritz Gildemeier Frankfurt, den 29. 9. 75 19.00 Uhr Volkshaus Escherheimer-Tor



Broschüre zum drohenden Berufsverbot gegen den kommunistischen Rechtsanwalt Fritz Gildemeier. 46 Seiten Preis 2,- DM Bestellungen an Rote Hilfe - Vertrieb, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6



Genosse Gildemeier begleitet als Anwalt die beiden Ärzte Jörn-Uwe Schweichel und Ludwig Holstiege, Mitglied der ROTEN HILFE, zum Anhörungstermin ins Bezirksamt Kreuzberg. Den Ärzten droht zusammen mit zwei weiteren Kollegen die politische Entlassung. Dem Roten Helfer Ludwig Holstiege werden folgende "Verstöße" zur Last gelegt:

- Unterzeichnung des Wahlaufrufs der KPD
- Teilnahme an mehreren Veranstaltungen der KPD, u. a. für die Freilassung der 18 in der DDR verhafteten Genossen
- Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus
- Teilnahme an den Sitzungen der Ortsgruppe Kreuzberg der RH Die Genossen verlangen, daß zu den einzelnen Anschuldigungen Beweise (Photos bzw. Zeugenaussagen) vorgelegt werden, was der Vertreter des "Rechtsamtes" nicht konnte. Der Termin mußte verschoben werden. Während der Verhandlung führten Genossen der "Initiative gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote" und der ROTEN HILFE vor dem Rathaus eine Kundgebung durch und verteilten Flugblätter.

Prof. W. Abendroth schreibt Fritz Gildemeier

Sehr geehrter Herr Kollege Gildemeier! ... Es ist m. E. eine selbstverständliche Solidaritätspflicht, das Protestschreiben zu unterzeichnen (wie es auch deshalb notwendig ist, weil es erforderlich ist, jeder Bedrohung demokratischer Freiheitsrechte entgegenzutreten). ... Wohlgedacht: Solidarität gegen Verfolgung (in welcher Form auch immer) auch bei Kollegen, deren politische Auffassungen ich nicht nur nicht teile, sondern für politisch gefährlich - weil objektiv den Klassengegenner stärkend - halte, ist sozialistische wie demokratische Pflicht. Das habe ich schon in der Periode der Weimarer Republik praktiziert, wenn ich im Auftrag der Roten Hilfe Genossen der KAP verteidigt und Kampagnen für ihre Amnestierung (mandenke an Max Hötz) organisiert habe und auch gemeinsam mit KAP-Anwältinnen aufgetreten bin. Aber damals konnte man auch umgekehrt fest auf die Solidarität der KAP-Genossen und selbst der Anarchisten im Kampf gegen die Klassenjustiz rechnen. ... Daß das heute im Verhalten Ihrer Partei, der KPD, nicht mehr so ist, hat mich nicht nur politisch, sondern auch menschlich tief enttäuscht. Darf ich Sie bitten, daran zu helfen, dies zu ändern? Auf einer Protestkundgebung gegen das Berufsverbot gegen zwei Leh-

rinnen, die der DKP angehören, in der Frankfurter Nordweststadt hat vor wenigen Tagen ein Vertreter Ihrer Partei (in meiner Gegenwart) ausdrücklich erklärt, daß es Ihnen gegenüber nach seiner Meinung erst Solidarität geben könne, wenn sie sich von ihrer angeblich "sozialimperialistischen" Partei distanzieren hätten. ... Sektiererischer Eigensinn hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung häufig Unheil angerichtet; aber bisher hatte er wenigstens an der Solidaritätspflicht eine Grenze. ... Mit kollegialen Grüßen

Wolfgang Abendroth

Antwortschreiben von F. Gildemeier

Sehr geehrter Herr Professor Abendroth, ich bedanke mich herzlich für Ihre Unterschrift auf der Solidaritätsresolution. ... Sie sagen sehr richtig: "Solidarität gegen Verfolgung auch bei Kollegen, deren politische Auffassung ich nicht nur nicht teile, sondern für politisch gefährlich ... halte, ist sozialistische wie demokratische Pflicht"

... Ich würde jedoch Ihren Satz einschränken: Solidarität nicht gegen jede Verfolgung, sondern nur gegen die Verfolgung von Leuten, die - wenn auch fehlerhaft - ehrlich gegen den Imperialismus kämpfen und dadurch Verfolgungen ausge-

setzt sind. dies steht im Programm der Roten Hilfe und ist Leitlinie des Handelns der KPD. Insofern ist Ihre Kritik unrichtig und - wie ich meine - auch unpolitisch. Solidarität beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Vielmehr dient sie der Unterstützung des Kampfes der Verfolgten bei gleichzeitiger Kritik an ihren falschen Positionen. Solidarität muß verhindern, daß die Kämpfer gegen die Unterdrückung durch die Verfolgung als Kämpfer ausgeschaltet werden. Deshalb ist Kritik trotz Solidarität nicht nur zulässig sondern notwendig. Denn andernfalls wäre die Rote Hilfe eine reine Caritasorganisation und nicht Kampforganisation gegen den Imperialismus für den Sozialismus. ... Ich glaube, daß Ihr Irrtum darin besteht, von einer Art "Gemeinsamkeit aller Linken" auszugehen. Nach meiner Meinung hat die DKP mit "Links" nichts zu tun. Wenn es richtig ist, daß die DKP eine Agentur der Sowjetunion auf deutschem Boden ist, ... daß die Sowjetunion kein sozialistisches, sondern ein (sozial-)imperialistisches Land ist, dann muß die DKP (nicht die irreführenden Mitglieder) auf deutschem Boden erbittert bekämpft werden, da die Erhaltung des Sozialismus in diesem Land nur möglich ist im Kampf gegen den Sozialimperialismus und seine

Agenturen (ebenso wie gegen den US-Imperialismus). Das gefährliche der Sozialimperialisten ist eben, daß sie sich mit sozialistischen Phrasen tarnen. Aber überall dort, wo sie bzw. ihre Agenturen Macht erlangen, wird die sozialistische Phrasenfadenscheinig. ... Inden. ... Hierzulande sind die Sozialimperialisten und ihre Agenturen eben deshalb so gefährlich, weil sie - wie man an ihnen sieht - großen ideologischen Einfluß auf die Intellektuellen haben. Aber fragen Sie selbst: Was hat diese DKP noch mit der Thälmannschen KPD zu tun? Erinnern Sie sich an die Kämpfe, an denen Sie damals selbst teilgenommen haben! Ist es nicht die DKP, die den Gewerkschaftsführern die Stichworte für den Ausschluß von Kommunisten aus den Gewerkschaften liefert? Sind es nicht DKP-Funktionäre, die - in den Betriebsräten der großen Konzerne sitzend - dafür sorgen, daß Kommunisten (von ihnen als "Chaoten" diffamiert) aus den Betrieben fliegen? Und ist es nicht gerade die DKP, die ein Bekenntnis zum Grundgesetz verlangt, ehe sie sich zur Solidarität mit denen, die von Berufsverboten betroffen sind, bequemt? ... Mit solidarischen Grüßen Fritz Gildemeier

ÜBER 5000 MENSCHEN



DEMONSTRIERTEN GEGEN DIE



VORHERRSCHAFTSPLÄNE



DES SOWJET. SOZIALIMPERIALISMUS



UND DES USA-IMPERIALISMUS



IN DER WELT !

SPENDENSAMMLUNGEN

für die

INDOCHINA-SOFORTHILFE

Ortsgruppe Wedding berichtet:

In der Soldinerstraße im Wedding wohnen noch heute viele Altgenossen und alte Antifaschisten. Außerdem hat AEG in diesem Viertel einen Betrieb, in dem die Kollegen von Kurzarbeit und Entlassungen bedroht sind.

Die Ortsgruppe Wedding konzentrierte deshalb ihre Vietnam-solidaritätsaktivitäten auf die Soldinerstraße. Mit einer Flaschensammlung, mit Strassen- und Häusersammlungen gelang es ihr, über 100, -- DM zu sammeln. Dazu kamen noch einmal 186, -- DM, die auf einem, diese Spendensammlungen abschliessenden Solidaritätsfest gespendet wurden, im Rahmen von einer Tombola und Versteigerung.

Während der Sammlungen wurde mit vielen alten Genossen und Anti-Faschisten die revolutionäre Politik des vietnamesischen Volkes diskutiert. Immer

wieder kam die Rede auch auf die völkerfeindliche, imperialistische Politik der heutigen Führer der Sowjetunion. Viele der alten Genossen haben die Entwicklung der Sowjetunion, vom einstmaligen ersten sozialistischen Land der Erde zur heute gefährlichsten Supermacht, gerade für Europa, nicht erkannt. Doch während die SEW die Genossen bewußt in dem Glauben bestärkt, die Welt hätte sich seit 1945 nicht verändert, werden wir ihre großen Erfahrungen im Kampf gegen den Hitler-Faschismus nutzen, sie in die Kampffront gegen die Hitler von heute, Breshnew und Ford, einzureihen.

So nahm eine Altgenossin schon an unserem Solidaritätsfest teil und wird mit uns gemeinsam den ideologischen Kampf um und mit den anderen Altgenossen aufnehmen!

Solidarität hilft siegen!



Sammel-Ergebnisse

In den letzten Monaten haben die Ortsgruppen der Roten Hilfe verstärkte Anstrengungen unternommen, den Wiederaufbau der vom USA-Imperialismus zerstörten Länder Indochinas zu unterstützen.

Unser Ziel war es, in 2 Monaten 5 000, --DM der Indochina-Soforthilfe zur Verfügung zu stellen. Mit weit über 7 000, -- DM wurde dieses Ziel übertroffen. Dies ist ein großer Erfolg und Beweis für die breite Solidarität und für das Ansehen, daß die indochinesischen Völker in unserem Land genossen.

Die einzelnen Sammelergebnisse waren:

1. 1. Mai-Demonstration in Dortmund	3 00, -- DM
2. Demonstration anlässlich der vollständigen Befreiung von Kambodscha	1 059, -- "
3. Sammlung der Ortsgruppe München auf der Indochinaveranstaltung am 22. 5. 75	63, -- "
4. Sammlung der OG Frankfurt vom 10. 6.	3 50, -- "
5. Sammlung der OG Hamburg	1 489, 64 "
6. Sammlung hessischer Ortsgruppen	1 15, 39 "
7. Sammlung der OG München vom 23. 6.	40, -- "
8. Sammlung der OG Augsburg vom 23. 6.	1 00, -- "
9. Sammlung der OG Bremen	1 000, -- "
10. Sammlung in Offenbach	89, 06 "
11. Sammlungen des Landesverbands Westberlin	2 674, -- "
12. Sammlungen des Landesverbands Westberlin	462, 37 "
13. Sammlung der OG München vom 25. 7.	44, 18 "
14. Sammlung der OG Moabit vom 4. 8.	1 30, -- "

Gesamtsumme der Sammlungen

Insgesamt konnten der Vertretung der GRUNK in Paris am 1. September 75

50 000, -- DM

von den Vertretern der INDOCHINA-SOFORTHILFE, der KPD und der Liga gegen den Imperialismus überreicht werden!!

Schliesst die Front gegen die Klassenjustiz!

In Nordrhein Westfalen ist in diesen Wochen eine Konzentration der Angriffe der Klassenjustiz auf revolutionäre Kräfte zu beobachten. In Bonn findet der Hirohito-Prozess statt, in Köln hat der Vietnam-Prozess begonnen und Mitte September soll in Köln der Prozess gegen die 4 türkischen Patrioten anfangen. In dieser Situation ruft der Landesverband der ROTEN HILFE zu einer Verstärkung des Kampfes gegen die Klassenjustiz auf:

Allen drei Prozessen ist gemeinsam, daß sie den ant imperialistischen Kampf kriminalisieren sollen. Daß der USA-Imperialismus "Vietnam in die Steinzeit zurückbombardieren" wollte, rechtfertigt keine Steinwürfe auf das Amerika-Haus: daß der türkische Faschismus, gestützt auf den USA-Imperialismus, mit Massenforderungen und Hinrichtungen die Unterdrückung der Völker der Türkei nach dem Vorbild Hitlers organisierte, rechtfertigt nicht die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes durch die Türken in der BRD: daß der Kriegsverbrecher Hirohito an dem Tod von Millionen Menschen entscheidende Verantwortung trägt, rechtfertigt nicht seine "Beleidigung" - das ist die Logik unserer Justiz! Sie entspricht der Politik der BRD-Regierung. Während z. B. Schwedens Premierminister Olaf Palme die amerikanischen Bombenwürfe als "Greuelthaten" bezeichnete, die "mit den Verbrechen der Nationalsozialisten in Oradour, Lidice und Treblinka vergleichbar sind", während der dänische Ministerpräsident Joergensen den bedingungslosen Abzug aller US-Truppen aus Indochina und die sofortige Einstellung der Bombardements auf Nordvietnam forderte, unterstützte die BRD-Regierung bis zuletzt den Bluthund Thieu in Südvietnam. Noch heute wird den Vertretern der indochinesischen Völker die Einreise in die BRD verweigert, hat die BRD-Regierung keine diplomatischen Beziehungen zu den Regierungen von Laos, Kambodscha, Südvietnam und zur DRV aufgenommen. In den Augen der Völker der Welt ist die BRD-Regierung mit Recht zum treuesten Vasallen des USA-Imperialismus herabgesunken. Mit diesen Prozessen unterstützt die Justiz

z einmal mehr die Unterwerfung der BRD-Regierung unter den USA-Imperialismus und fördert ihre aggressive Politik im Windschatten dieser Supermacht gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Diesen Kurs bekämpfen wir, gerade weil inzwischen die Sturmwolken über Europa zunehmen und die Gefahren für unser Land immer deutlicher werden. Gefahren, die gerade von denjenigen ausgehen, die die BRD-Regierung mit ihrer staatlichen Unterdrückung direkt und indirekt unterstützt. Heute ringen die beiden Supermächte Sowjetunion und USA, um die Weltherrschaft und konzentrieren sich dabei immer mehr auf Europa. Nicht "Entspannung" ist für uns bestimmend, wie es uns vor allem die russischen Sozialimperialisten weismachen wollen, sondern die immer größer werdende Rivalität der beiden Supermächte und ein Anwachsen der Kriegsgefahr.

Während der Kampf nach nationaler Unabhängigkeit, nach dem Zusammenschluß der Länder Westeuropas gegen die beiden Supermächte, nach der Einheit mit den Ländern der Dritten Welt anwächst und gerade von den jetzt Angeklagten verbreitert wird, arbeitet die Klassenjustiz an der Schaffung von Sondergerichten für Ant imperialisten und Kommunisten.

Aber das Rad der Geschichte rollt unerbittlich. Die Völker Indochinas haben den USA-Imperialismus endgültig geschlagen. Nach einem Jahrhundert imperialistischer Unterdrückung wird dort jetzt die Unabhängigkeit durch die Macht des Volkes verteidigt, so sehr sich der sowjetische Sozialimperialismus auch müht, in die Fußstapfen des geschlagenen Rivalen zu treten. Der Kampf der Völker der Dritten Welt ist zur Hauptkraft der Revolution geworden. Der Kampf der Arbeiterklasse um nationale Befreiung und die Errichtung ihrer Herrschaft wird immer weitere Teile des Volkes mitreißen und die Handlanger der beiden Supermächte vollständig isolieren.

In NRW hat die allgemeine Ausrichtung der Klassenjustiz in der Unterdrückung von Ant imperialisten und Kommunisten auf Initiative von Justizminister Posser (von ihm stammt auch der Vorschlag eines "Kronzeugengesetzes") mit den Polizeischergen Weyers einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Inzwischen wurden politische Strafkammern gebildet, Sondergerichte zur Aburteilung von Ant imperialisten und Kommunisten. Als besonders engagierte Diener ihrer Klasse erweisen sich die beiden Richter Somooskey und Hasse.

Die ROTE HILFE ruft dazu auf, in den 3 großen Prozessen in NRW die Gemeinsamkeiten, die so deutlich ins Auge fallen, zu nutzen zur Errichtung einer gemeinsamen Kampffront. Die Angeklagten im Vietnam- und Hirohito-Prozess müssen vorangehen in dem Zusammenschluß der verfolgten Ant imperialisten gegen die Klassenjustiz. Sie müssen ihre Zusammenarbeit verstärken und den Prozess gegen die vier Patrioten aus der Türkei in ihren Kampf einbeziehen. Schon jetzt werden die Vorbereitungen für eine Demonstration Anfang Oktober und ein Solidaritäts-Konzert mit Künstlern der Vereinigung Sozialistischer Künstler schaffender angepackt.



Richter de Somooskey



Richter Hasse

Victor Henri de Somooskey, Vorsitzender der Staatschutzkammer beim Landgericht Köln. Er verhängte 2 Monate Haft gegen Beate Klarfeld, gegen die Kölner Antifaschisten Haftstrafen zwischen 3 und 7 Monaten und 6 Jahre gegen Baha Targin. Er soll den Prozess gegen die 4 türkischen Patrioten leiten, zu dessen Vorbereitung Somooskey die Fenster des Sitzungssaales mit kugelsicherem Glas von 10mm Dicke verstärken ließ.

Kommunstenrichter HASSE aus Bonn. Mit 60 Prozessen zumeist gegen kommunistische Studenten hatte er sich hochgedient, so daß ihm im März 75 das Bonner Sonderdezernat für "Demonstrationsdelikte" anvertraut wurde. Seit nunmehr 3 Monaten verhandelt er gegen die Angeklagten des Hirohito-Prozesses, ohne die Spur eines Beweises im Sinne der Anklage gefunden zu haben.



31. August-Kampftag gegen den imperialistischen Krieg: die ROTE HILFE forderte Freispruch im Vietnamprozess.



Preis: 2,- DM Bestellungen an den Vertrieb der ROTEN HILFE ZEITUNG

Am 3.9. begann in Köln die Berufungsverhandlung im Kölner Vietnamprozess gegen 8 Angeklagte, die beschuldigt werden, an einer Demonstration gegen den US-Bombenterror im Dez. 72 teilgenommen zu haben. Es geht um Urteile bis zu 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Zu Beginn stellte RA Crummenerl einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens, den er mit der Notwendigkeit begründete, gegen die eklatanten Verstöße der US-Luftwaffe gegen alle einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts Protest zu erheben. Die Angeklagten unterstützten diese Forderung und erklärten angesichts der heutigen Ent-

wicklung in Indochina: Unabhängigkeit und friedlicher Wiederaufbau in den Ländern Indochina - das war und ist unser Ziel während die Verbündeten der Bundesregierung, sei es ein Thieu oder ein Lon Nol schmählich davongejagt wurden. Zur Überraschung des Gerichts schlossen sich 15 von 16 Anwälten, darunter auch die vom Gericht bestellten Pflichtverteidiger, aktiv diesem Antrag an.

In dieser Situation seiner politischen Schwäche taktiert der Richter Feuerherdt außerordentlich vorsichtig. Er beteuert, daß natürlich die Motive der Angeklagten vorgetragen werden müssen, nur dürfe man sich "nicht nur in schöngeistigen Erwägungen über Vietnam ergehen", sondern müsse auch mal zur Sache kommen. Damit sind Steinwürfe gegen das IB"-Haus, das Amerika-Haus und das PanAm-Flugbüro gemeint, die den Angeklagten vorgeworfen werden. Diese sanften Töne dürfen nicht zur Unvorsichtigkeit verleiten. Solange die Bundesregierung einen Kurs an der Seite der beiden Supermächte (besonders des USA-Imperialismus) gegen die Völker der Welt steuert, wird ihre Klassenjustiz alles daran setzen, die Urteile zu bestätigen. Freisprechen kann die Angeklagten nur die aktive Solidarität aller Kräfte, die bereit sind, der Völkermordpolitik der Supermächte entgegenzutreten.

Am zweiten Prozesstag lehnte der Staatsanwalt den Antrag auf Einstellung ab, wagte nicht, einen Kommentar dazu abzugeben und half damit dem Gericht aus dem Schneider. Die Forderung nach Freispruch aller Angeklagten muß jetzt die praktische Solidarität bestimmen.

Prozestermine: 9., 11., 15., 17., 19., 23., 25., 29. September, 1., 3., 7., 9. Oktober
Zuschriften und Anfragen an: Informationsbüro Vietnamprozess c/o ROTE HILFE, 5Köln 30, Gumprechtstr. 6

HIROHITO-PROZESS

Seit 3 Monaten dauert der Bonner Hirohito-Prozess, doch die Klassenjustiz operiert glücklich. Nichts konnte bisher ermittelt werden, was eine Verurteilung der Angeklagten im Sinne der Anklage stützen könnte, was Richter Hasse zu immer wahnwitzigeren Schritten treibt.

Dazu der folgende kurze Bericht:

Als der Angeklagte Heer an der Verhandlung am 14.8. 75 wegen einer Gehörgangsentzündung nicht teilnehmen konnte, jagte Hasse den Amtsarzt in Hamburg zur Wohnung des Angeklagten. Dieser konnte keine Symptome mehr feststellen, da die Entzündung abgeklungen war und konnte deswegen nur auf das Attest des Facharztes verweisen. Das Gericht verkündete daraufhin, daß es das Fernbleiben des Angeklagten für nicht glaubhaft gemacht erachte, daß es im Wiederholungsfall Haftbefehl erlassen werde, später, daß es sich in die Materie der Gehörgangsentzündung einarbeiten wolle! In die "Materie der Gehörgangsentzündung" will sich das Gericht einarbeiten. Aber bereits in den ersten Verhandlungstagen entscheidet es ohne Einarbeitung, daß der Überfall auf die Demonstration gegen den Kriegsverbrecher und Faschisten Hirohito gerechtfertigt war. An die 20 Polizeizeugen suchen bis zum Erbrechen vergeblich nach Bauhölzern oder irgendwelchen Tätlichkeiten der Demonstranten, Filme von Sekundendauer werden beschlagnahmt, der höchste politische Einsatzleiter für den Hirohito-Besuch, Schutzpolizeidirektor a.D. Keller kritisiert offen den Polizeieinsatz - es will einfach nicht gelingen den Angeklagten etwas nachzuweisen!